

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 6

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 3. und 4. Juni 1961 in Lausanne behandelte zwei wichtige Probleme und hat sie — wenigstens für uns — in den Mittelpunkt unserer Innenpolitik gerückt.

Nach der erfolgreichen fünften Revision der AHV war es gegeben, Standort und Ziele der *schweizerischen Sozialversicherung* grundsätzlich zu umreißen. Genosse Bundesrat Tschudi tat das in umfassender Weise und einer durchaus positiven und optimistischen Art. Wir müssen uns allerdings klar sein, daß auch die weiteren Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialversicherung den Einsatz breitester Volksschichten erfordern, wenn sie realisiert werden sollen. Schon in nächster Zeit wird erneut Gelegenheit sein, an Sozialversicherungsinstituten zu arbeiten. So hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten am 5. Juni 1961 einen Entwurf zur Abänderung des KUVG unterbreitet. Leider ist in die Revision die Unfallversicherung nicht einbezogen worden. Nachdem bloß etwa die Hälfte der Arbeitnehmer bei der SUVA versichert ist und auch der Entwurf zum neuen Arbeitsgesetz keine Versicherungsbestimmungen enthält, wird durch eine Änderung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes der Geltungsbereich unbedingt erweitert werden müssen. Auch sollte das Problem der Unfallversicherung der Pensionierten überprüft werden. Daß die SUVA-Rentner an der Reallohnsteigerung seit dem Weltkrieg ebenfalls Anteil nehmen möchten, ist verständlich. Die Vorlage des Bundesrates enthält nun aber auch für die Krankenversicherung keine umfassende Neugestaltung; sie beschränkt sich darauf, die dringendsten Postulate in der Teilrevision zu berücksichtigen. Aber dabei mußte im Interesse einer baldigen Verwirklichung der übrigen Forderungen auf die Lösung zweier grundlegendster Probleme verzichtet werden: das allgemeine Obligatorium und das Arztrecht. Hingegen werden die Pflichtleistungen der Kassen wesentlich ausgebaut sowie die Aufnahme jedem Bewerber garantiert. Mit dem Leistungsausbau muß eine Erhöhung der Bundesbeiträge einhergehen. Um diese Fortschritte wird noch energisch gestritten werden müssen. Vor allem aber werden wir schon jetzt klar unsere Forderungen für den weiteren Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung formulieren müssen. Der im Rahmen der Krankenversicherungsvorlage vorgeschlagene Ausbau der Pflegeleistungen zugunsten der Mütter ist ungenügend. Genosse Hermann Leuenberger hat daher mit Recht in der Junisession ein Postulat auf Schaffung einer Mutterschaftsversicherung eingereicht. Die verfassungsmäßige

Grundlage steht ja außer Zweifel. — Das Problem der gesetzlichen Kinderzulagen wird in unseren Kreisen auch mehr und mehr positiv diskutiert.

Wenn wir Sozialdemokraten uns für den Ausbau der Sozialversicherung auch weiterhin nachhaltig einsetzen werden, so weil wir in ihr eine Form der Sozialpolitik sehen, «welche die Würde des Menschen wahrt und dem begründeten Streben der Arbeitnehmer nach Gleichberechtigung mit den andern Volksschichten entspricht».

Wohl noch bedeutsamer war das zweite Thema des schweizerischen Parteitages: *das Recht auf Bildung*. An das vorzügliche Referat des Genossen Pierre Graber, das das Problem nach allen Seiten untersuchte, schloß sich eine rege und fruchtbare Diskussion an. Es war daran wie auch aus der gefaßten Resolution der Wille deutlich, nicht bloß theoretisch für die Demokratisierung der Ausbildung einzutreten, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit praktischen Vorstößen aufzurücken. Der Bedarf an wissenschaftlichen, technischen und akademischen Kadern ist derart groß, daß der Mangel sich überall bemerkbar macht und unser Volk wie andere Völker riskieren, wenn nicht sofort alles geschieht, um den Nachwuchs zu fördern, ihre Zukunftschancen endgültig zu verscherzen. In Westeuropa, und vorab in der Schweiz, sind wir gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten weit im Rückstand. Die Zunahme der Zahl der Studierenden hinkt bei uns hinter der Zunahme der Bevölkerung nach. Die Hochschule steht solange nicht allen Befähigten zu, als nicht eine umfassende Neugestaltung des Stipendienwesens durchgeführt wird. Auf die Ausbildungsbeiträge an den Fähigen muß in allen Stufen ein Rechtsanspruch bestehen. Das gilt selbst für die Berufsausbildung. Wenn die Ordnung umfassend und lückenlos werden soll, muß auch der Bund eingreifen können. Es sollte daher vorerst die verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen werden, um dem Bund vermehrte Unterstützungsmöglichkeiten zu geben. Entsprechend unserer föderalistischen Tradition vor allem im kulturellen Bereich kommt die Hauptaufgabe den Kantonen zu. Erfreulich sind die sich bereits abzeichnenden Ansatzpunkte für eine Entwicklung, wie wir sie fordern. In den kommenden Monaten ist uns die Aufgabe gestellt, auf allen Fronten für die Erkämpfung des Rechts auf Bildung einzustehen. Es ist ein notwendiger Ausbau unserer Demokratie. Auch wer bereits im Erwerbsleben drin steckt, soll sich weiter entwickeln können, indem der Zugang zu den Hochschulen und die nachträgliche Ausbildung als Lehrer gefördert wird. Eine gewaltige kulturelle Aufgabe erwächst aber unserer Partei in der Erwachsenenbildung. Wir übernehmen sie gerne, auch wenn sie nicht leicht ist, weil wir wissen, daß alles Streben nach materiellen Fortschritten letztlich seine Rechtfertigung erst in der kulturellen Befreiung des Menschen findet.

Arthur Schmid

Außenpolitik

Man mag mit der amerikanischen Lebensweise, mit der Art, wie die Amerikaner ihre Politik treiben — mit Recht übrigens — nicht immer einverstanden sein; in einem aber ist Amerika allen andern Staaten der Welt (die Schweiz mit eingeschlossen) überlegen: in der Handhabung der Rede- und Pressefreiheit. Das konnte man erneut in den vergangenen Monaten Mai und Juni feststellen, in einer Zeit, die Amerikas Industrie wohl einen weitern Aufschwung, Amerikas Prestige aber eine weitere Einbuße brachte.

Größte Publizität erhielt Kennedys Reise Ende Mai nach Paris, Wien und London. Er traf mit de Gaulle, Chruschtschew und Macmillan zusammen, um mit ihnen die Weltlage zu erörtern. Vor seiner Abreise zu diesen Gipfelgesprächen — eine Art der Politik, die Kennedy während seines Wahlkampfes aufs entschiedenste bekämpft hatte — forderte er in einer Ansprache von den Amerikanern erhöhte Sonderanstrengungen: 7—9 Milliarden Dollar zusätzliche Ausgaben für das Wettrennen zum Mond, die Reorganisierung und Modernisierung der Armee, die ausländische Wirtschaftshilfe und die Umschulung der amerikanischen Arbeitslosen. Nach der Rückkehr von seiner Gipfelreise sprach ein sehr ernster Kennedy in völliger Offenheit zu den Amerikanern in einer Radio- und Fernsehansprache. Er lobte die Haltung seiner westlichen Verbündeten de Gaulle und Macmillan. Mit Chruschtschew habe er keine Einigung erzielen können, aber beide hätten in völliger Offenheit ihre Standpunkte klargelegt. Laos sei der einzige Hoffnungsschimmer. Im übrigen sei er zur Überzeugung gelangt, daß Chruschtschew vom Sieg des Kommunismus — ohne jeden Krieg — völlig überzeugt sei. Kennedy führte im weiteren aus, daß er davon überzeugt sei, daß nicht alle Unruhen auf die Kommunisten zurückzuführen seien, die Kommunisten verstanden es lediglich ausgezeichnet, diese Unruhen für sich auszunützen.

Die früheren Kritiker von Kennedys Gipfeltreffen gaben nachträglich zu, daß diese Reise zu einer heilsamen Wandlung geführt habe, der Präsident würde jetzt die Proportionen wieder richtiger sehen: die schleichende NATO-Krise sei wichtiger als die Laoskonferenz in Genf (die zusammen mit der Atomkonferenz immer noch an Ort tritt), die gespannten Beziehungen Amerikas mit Lateinamerika seien ernster zu nehmen als der Konflikt mit Kuba (wo der Austausch der rund 1200 Invasoren gegen 500 amerikanische Traktoren zum Klappen zu kommen scheint), und allgemein sei die Hebung des amerikanischen Prestiges in der ganzen Welt viel wichtiger, als die kommenden Mondraketen.

Das an und für sich schon stark ramponierte Ansehen der Amerikaner erhielt an Pfingsten erneut eine starke Beeinträchtigung: Weiße Rassenfan-

tiker prügeln in Montgomery (Alabama) amerikanische Neger auf eine üble Art zusammen. Justizminister Robert Kennedy griff sofort scharf durch.

Auch die unverständliche Haltung einiger westlicher Regierungen in der Negerfrage bringt den Westen in eine immer heiklere Situation: Die Weißen — mit Ausnahme Rußlands — sehen sich einer geschlossenen Front der afro-asiatischen Nationen gegenüber. Hauptverantwortliche dieser Entwicklung sind vor allem die Südafrikanische Republik, die die Ausrufung ihrer Unabhängigkeit vom Commonwealth am 31. Mai nur deshalb relativ ohne Störungen hinter sich bringen konnte, weil sie Tausende von Negern und weißen Oppositionellen einsperre, und Portugal, dessen Truppen die aufständische Bevölkerung in Angola mit einer ungeheuren Brutalität niederrzwingen versucht. Beide Staaten verweigern die Einreise von Kontrollmissionen der UNO. Diese Haltung schadet dem Ansehen der westlichen Welt, wie auch die Reden des englischen Innenministers Butler in Spanien und Portugal, in denen er deren Haltung lobte, kaum sehr förderlich für eine Verbesserung des Klimas waren. Franco hielt bei der Eröffnung der 7. Legislaturperiode des Stände«parlaments» eine Rede, in der er seine Politik als die einzige richtige lobte, seinen Antikommunismus als beispielgebend hinstellte und dem überlebten Parteiensystem wie auch dem liberalen Kapitalismus eine schneidende Absage erteilte. Das wird einen Beitritt Spaniens zur NATO in absehbarer Zeit kaum hindern . . .

Mitte Mai putschten in Südkorea rechtsextreme Generäle gegen die Regierung. Der Aufstand gelang; mit drakonischen Mitteln versuchen sie jetzt, die wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas einzuholen. Die amerikanische Wirtschaftshilfe für Südkorea nützte eben nur der Oberschicht und der überdimensionierten Armee, nicht aber der Bevölkerung. Die gleiche Lage erschüttert auch Südvietnam. Der Diktator dieser sogenannten Demokratie, Ngo Dinh Diem, gilt als Antikommunist, sperrt alle Oppositionellen in die schon überfüllten Gefängnisse, nimmt die amerikanische Hilfe an, die auch hier nur für die korrupte Oberschicht und militärische Basen verwendet wird, und steht jetzt in einem verzweifelten Abwehrkampf gegen die kommunistischen Guerillas, die diese Lage natürlich ausnützen. Ob die vorwiegend militärische Hilfe, die Amerikas Vizepräsident Johnson auf einer Reise durch die südasiatischen Staaten versprach, etwas nützen wird, muß bezweifelt werden.

In Persien versucht die Regierung in letzter Minute, einer Revolution von unten zuvorzukommen, indem sie den Kampf gegen die Feudalherren aufnimmt. Der Erfolg scheint sehr ungewiß zu sein. Am 31. Mai wurde der Diktator der Dominikanischen Republik, Trujillo, ermordet, der jahrzehntelang mit amerikanischen Geldern als sogenannter Antikommunist ein herrliches Leben führte — die Gefängnisse waren selbstverständlich immer über-

füllt, die unteren Schichten auf einem unerhört tiefen Lebensstandard. Sein Nachfolger, sein Sohn, der seinem Vater in nichts nachsteht, wird von Amerika noch nicht anerkannt.

Die putschierenden Generäle Challe und Zeller wurden in Paris in einem Gerichtsverfahren, das vergeblich die Intaktheit der französischen Armee herausstreichen wollte, zu 15 Jahren Strafhaft verurteilt. Die Konferenz in Evian ist immer noch ohne Erfolg geblieben, die Terrorakte der algerischen Aufständischen nehmen zu, während Frankreich immer wieder von sozialen Unruhen geplagt wird, denn der wirtschaftliche Aufschwung erfolgte auf dem Rücken der Arbeitnehmer.

Die verfahrene Situation, in der gegenwärtig die ganze Welt steckt, berechtigt uns wohl kaum zu großem Optimismus für die nächste Zukunft.

Dr. Marcel Bertschi

Literatur

Fritz Klenner: «*Das große Unbehagen*», eine sozialkritische Betrachtung.
415 Seiten, 1960, Europa-Verlag, Wien.

Auch wer mit vielen Urteilen und Anschauungen des Verfassers nicht in allen Teilen einverstanden ist, wird zugeben müssen, daß er sich in seinem reich dokumentierten Buch aus innerstem Drang nach Klarheit mit den grundlegenden Zeitproblemen auseinandersetzt, die vielleicht auf die einfache Formel gebracht werden können: unsere gesellschaftspolitischen Rezepte stimmen nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Rückwärtsschauend ermessen wir zwar stolz unsere materiellen Erfolge, fühlen beim Gedanken an die Zukunft aber ängstigende Unsicherheit. «Wir müssen Inventur machen und abschreiben, was nicht mehr in die Gegenwart paßt, was überholt ist, und dafür neue, zukunftsgewandte Ansätze einstellen. Die Entwicklung gibt keinen Nachhilfeunterricht für Zurückgebliebene . . .»

Zweifellos kann man erst dann zu neuen Lösungen vorstoßen, nachdem man eingesehen hat, daß man mit den alten nicht mehr weiterkommt. Das gilt für den Forscher, für den Wissenschaftler. Aber der Praktiker wird ausgetragene Schuhe erst wegwerfen, wenn er neue zur Hand hat, von denen er annehmen darf, daß sie ihm auch wirklich passen. Hat der Verfasser passende Schuhe, die für den Gang (das Wort «Marsch» klingt in diesem Zusammenhang etwas zu anspruchsvoll und ist auch recht anrüchig) in eine ungewisse Zukunft taugen, gefunden? Eine vorbehaltlose Bejahung dieser